

garantiert hatte, war zerrissen, eine neue Kohärenz hatte sich noch nicht eingestellt. Diese wurde erst durch die Dritte Republik geschaffen, nach immer neuen Versuchen im Lauf des 19. Jh.

7 Der Neoabsolutismus: Zwischen Monarchie und Republik

7.1 Die konstitutionelle Monarchie als Sicherung der Revolution und die Abwehr der Republik (1814 – 1848)

Der Souverän von Elba

Die fortgesetzten Niederlagen Napoleons, schließlich die Invasion Frankreichs seit Beginn des Jahres 1814 durch preußische, schlesische, böhmische, russische und weitere Truppen ließ die innerfranzösische Zustimmung zu Napoleon schnell absinken. Führende Köpfe wie Talleyrand (Charles Maurice, Herzog von Talleyrand-Périgord; 1754 bis 1838) waren bereit, bei sich bietender Gelegenheit Napoleon die Treue aufzukündigen. Paris kapitulierte am 30. März 1814, ein wichtiger militärischer und psychologischer Erfolg für die europäischen Alliierten, nachdem Napoleon noch einmal sein Feldherrngenie unter Beweis gestellt und die Alliierten in Bedrängnis gebracht hatte. Bereits am 3. April setzte der Senat in Paris Napoleon mit der verfassungsrechtlichen Begründung ab, dieser habe seinen Eid verletzt und die Rechte des Volks geschmälert, als er entgegen der Verfassung Männer ausheben und Steuern eintreiben ließ. Ein Teil der Armee kündigte inzwischen Napoleon den Gehorsam auf, der russische Zar Alexander betrieb die Abdankung Napoleons, die am 6. April 1814 erfolgte. In Fontainebleau wurde ein Vertrag geschlossen, mit dem Napoleon die Souveränität über Elba erhielt; der französische Staat solle ihm jährlich 2 Mill. Francs an Pensionen zahlen. Am selben Tag, als Napoleon abdankte, rief der Senat Ludwig XVIII., d.i. Louis-Stanislas-Xavier de Bourbon, Bruder des hingerichteten Ludwigs XVI., zum König aus, wie es hieß „aus freien Stücken“ und „mit dem Willen der Nation“.

Ultras und Liberale – Ludwig XVIII.

Ludwig erließ am 14. Juni 1814 eine neue Verfassung, die *Charte constitutionnelle*. In seinen englischen Exiljahren hatte er Gelegenheit gehabt, sich mit der englischen konstitutionellen Monarchie vertraut zu machen, in Frankreich traf er auf ein entemotionalisiertes Verhält-

nis zur Verfassungsfrage. Was man wollte, war die verbindliche Festlegung der Rechte und Pflichten je des Volkes und des Fürsten. Im Mittelpunkt des politischen Lebens standen ab 1815 (auf die Einhundert Tage Napoleons wird weiter unten eingegangen) die beiden Kammern und der König. Der König besaß die Exekutivgewalt und brachte Gesetze ein, die Kammern (Pairs im Palais Luxembourg; Abgeordnete im Palais Bourbon) stimmten über die Gesetzesentwürfe und das Budget ab. Diese Rechte waren nicht allzuviel wert, denn der König konnte die Abgeordnetenversammlung jederzeit auflösen; außerdem stand es ihm frei, die Zahl der Pairs schnell zu vermehren und sich auf diese Weise eine gefügige Mehrheit in der Pairskammer zu schaffen. Im Vordergrund der politischen Polemik standen die Frage nach der Ministerverantwortlichkeit, der Wahlmodus (partielle sukzessive Erneuerung des Parlaments oder regelmäßige Wahl des gesamten Parlaments) und die Pressefreiheit. Die Presse war eine Meinungs- und weniger eine Informationspresse, ihre Polemiken verführten König und Regierung, die Pressefreiheit teilweise drastisch einzuschränken. Von eigentlichen politischen Parteien läßt sich noch nicht sprechen, es gab ein royalistisches Lager, bezeichnet als Ultras, da hier die Position des Königs weiter gestärkt werden sollte, und ein liberales, das für mehr Rechte des Parlaments kämpfte, in sich aber sehr heterogen zusammengesetzt war. Die Wahlen von 1816 verschafften gemäßigten Abgeordneten eine Mehrheit. Sie schlossen sich zu einer Art konstitutioneller Partei zusammen, die hinter der Charte stand. François Guizot (1787 bis 1874), später Bildungsminister und starker Mann der Regierung, gehörte etwa dazu. Politische Köpfe, die eine „Linke“ hätten bilden können, hatten den weißen Terror (s.u.) nicht überlebt. Die Liberalen traten zunächst unter dem Label von „Unabhängigen“ auf, zu den führenden Köpfen zählte beispielsweise Benjamin Constant (1767 bis 1830).

Ultras und Emigranten – Karl X.

Ludwig XVIII. gelang es durchaus, die politische Mitte zu halten. Er starb am 16. 9. 1824. Es folgte ihm im Amt sein Bruder nach, der Graf von Artois, der sich dann Karl X. (1757 bis 1836; König 1824 bis 1830) nannte. Er war ein Mann der Ultras, und so gilt seine kurze Regierungszeit als Phase der Reaktion. Karl ließ sich in Reims nach dem Krönungsritus des Ancien Régime krönen und praktizierte das Ritual der Handauflegung, so als sei es möglich, den mystischen Körper des Königs wieder zum Leben zu erwecken. Er öffnete dem Klerus Tür

und Tor, vor allem zum Bildungs- und Schulwesen. Das Thema der Entschädigung der Emigranten lag damals ohnehin in der Luft, aber daß gerade unter dem „Reaktionär“ Karl eine Lösung betrieben wurde, schuf eine psychologisch schwierige Situation. Bei den Entschädigungen für Güter, die in der Revolution enteignet und als Nationalgüter verkauft worden waren, ging es um Werte von knapp 870 Millionen Francs, die Finanzierung des Vorhabens über Rentenwerte erforderte aber nur einen Bruchteil dieser Summe aus dem Staatshaushalt, so daß alle öffentliche Aufregung und die nachfolgende Legendenbildung nicht materiell, sondern nur psychologisch zu erklären sind. Das Problem wurde seit 1814 auf mehreren Ebenen akut: „Zum einen bestanden direkte Konfrontationen zwischen *anciens propriétaires* und *acquéreurs*, zwischen alten und neuen Grundbesitzern, die dazu führten, daß sich die Nationalgütekäufer unter Druck gesetzt und zu einer Rückgabe gezwungen fühlten. Zum zweiten gab es eine Flut von Broschüren, in denen die Emigrantengesetze der Revolution untersucht und je nach politischer Position des Verfassers für legitim oder illegitim erklärt wurden und verschiedene Lösungen durchgespielt, propagiert oder verworfen wurden [...]. Zum dritten wurde seit 1814 in vielen Parlamentsdebatten auf das Problem ‚Rückgabe oder Entschädigung‘ Bezug genommen, vor allem, wenn es in irgendeiner Weise um die Einschätzung der Revolution und ihre Einordnung in die nationale Vergangenheit ging.“ Noch um 1900 war das Problem nicht vollständig erledigt, 1920 wurden die letzten Emigrantengüter, die sich noch in Staatsbesitz befanden, versteigert.¹

„Er hat das Blut des Volkes fließen lassen“ – Die Juli-Revolution 1830

1827 erlebte Frankreich eine allgemeine Wirtschaftskrise, der Regierungschef Joseph Graf von Villèle (Dez. 1821 bis Jan. 1828) geriet ins Kreuzfeuer der Kritik. Besonders die Nationalgarde schmähte ihn; Karl X. ließ sich von Villèle bereden, die Garde aufzulösen. Diese ging mit ihren Waffen nach Hause, es brachen Unruhen in Paris aus. Anstehende Neuwahlen nutzte die Opposition, sich zu organisieren. Die Liberalen erreichten mit 180 Sitzen im Parlament dieselbe Stärke

¹ Zur Diskussion um die Entschädigung der Emigranten s. Almut Franke, *Le milliard des émigrés*. Die Entschädigung der Emigranten im Frankreich der Restauration (1814–1830), Diss. Bochum 1997 (MS), Zitat S. 10.

wie die Regierungsanhänger. 1829 berief Karl X. einen früheren Emigranten, den Fürsten Jules von Polignac, zum Regierungschef. Gemeinsam mißachteten sie immer wieder die *Charte constitutionnelle*, so daß einflußreiche Persönlichkeiten wie Adolphe Thiers (1797 bis 1877) und Talleyrand die Rückkehr der Bourbonen, des Herzogs von Orléans, auf den Thron betrieben. Zur Parlamentseröffnung im März 1830 präsentierten 221 Abgeordnete eine EntschlieÙung an den König, in der es hieß, daß Handeln der Regierung und Wünsche des Volks nicht übereinstimmten, d.h., daß die Regierung gegen die *Charte*, die Verfassung verstoÙe. Der König löste die Kammer daraufhin bereits am 16. Mai wieder auf, Neuwahlen sollten am 23. Juni und 3. Juli stattfinden. Von militärischen Aktionen in Algerien versprach sich die Regierung Wahlvorteile, Algier wurde am 4. Juli 1830 erobert. Die Wähler nahm dies nicht zugunsten der Regierung unter Polignac ein, die Regierungsgegner erhielten 274 Abgeordnete, die Regierungsanhänger mußten sich mit 143 begnügen. Noch erfreute sich der König breiten Vertrauens im Land. Eine Anerkennung des Sieges der Opposition hätte deutlich gemacht, daß es sich um eine konstitutionelle Monarchie handelte, aber Karl X. entschied sich erneut für Polignac und nutzte den Artikel 14 der *Charte*, eine Art Notstandsparagraph. Dieser besagte, daß der König „die für die Ausführung der Gesetze und die Sicherheit des Staates erforderlichen Maßnahmen und Verordnungen verfügt“. Eine Verordnung schränkte die Pressefreiheit ein, eine zweite löste die Abgeordnetenkammer auf, die noch gar nicht zusammengetreten war, eine dritte änderte das Wahlgesetz zugunsten der Regierung: bisher wurde beim Zensus auch die Gewerbesteuer berücksichtigt. Da die Gewerbetreibenden offensichtlich nicht im Sinne der Regierung gewählt hatten, sollte künftig nur noch die Grundsteuer berücksichtigt werden. Damit verblieb als wahlberechtigt überwiegend nur noch die grundbesitzende Aristokratie. Regierung und König fühlten sich ihrer Sache sicher, schon wegen der anziehenden Konjunktur und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit. Sie täuschten sich. Am 26. Juli 1830 wurden die Erlasse veröffentlicht, am 27. wurde versucht, die Pressezensur praktisch durchzusetzen. Dies löste die ersten Barrikadenerichtungen und Aufstände aus, am 28.7. wurde viel geschossen, die Regierungstruppen zahlten einen hohen Blutzoll, am 29.7. griffen die Aufständischen an. Adolphe Thiers riß die Initiative an sich und schlug den Herzog von Orléans als neuen König vor. Folgenden Text bereitete er als Proklamation vor: „Karl X. kann nicht mehr nach

Paris zurückkehren, er hat das Blut des Volkes fließen lassen. Die Republik würde uns schrecklichen Spaltungen aussetzen, sie würde uns mit Europa überwerfen. Der Herzog von Orléans ist ein Fürst, der der Sache der Revolution ergeben ist. Der Herzog von Orléans hat niemals gegen uns gekämpft. Der Herzog von Orléans war (1792) in Jemappes (Belgien) dabei. Der Herzog von Orléans hat die Farben der Trikolore im Feuer getragen, der Herzog von Orléans kann sie als einziger noch tragen; wir wollen keinen anderen. Der Herzog von Orléans hat Stellung bezogen; er akzeptiert die Charte, wie wir sie stets gewollt und verstanden haben. Er wird seine Krone vom französischen Volk erhalten.“ Während Thiers sich auf den Weg zum Herzog machte, trugen die im Palais Bourbon verbliebenen 92 Abgeordneten eben diesem die Statthalterschaft für das Königreich an. Am 31. Juli legte der Herzog die Uniform der Nationalgarde an und begab sich ins Rathaus der Stadt Paris. Auf dem Balkon zeigte er sich dem Volk in Begleitung La Fayette, der sich die Trikolore übergeworfen hatte. Es handelte sich um jenen La Fayette, der im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg gekämpft und in der Revolution von 1789 eine wichtige Rolle gespielt hatte. 1830 kommandierte er die Nationalgarde, er starb 1834. Der daraufhin einsetzende Beifall der Bevölkerung wurde als Akklamation interpretiert, der Herzog von Orléans war ins Amt gehoben. Mit anderen Worten: die Reaktion in Gestalt Karls X., aber auch die Republikaner, die auf den Straßen gekämpft hatten, waren geschlagen. Karl flüchtete nach England, und so proklamierten die Abgeordneten, die im Juli gewählt worden waren, am 7. August 1830 den Herzog von Orléans als Louis-Philippe I. zum „König der Franzosen von Gottes Gnaden und durch den Willen der Nation“.

Louis-Philippe I.

Auch wenn das Volk womöglich nicht unbedingt Louis-Philippe als Herrscher gewollt hat, sondern auch eine neue Republik möglich gewesen wäre, Louis-Philippe verdankte seinen Thron letztlich dem Volk und den Volksaufständen. Diese dauerten bis 1835 fort. Im Juni 1832 etwa mobilisierten die Republikanhänger die Volksmassen; es wurden 25.000 Soldaten und Nationalgarden eingesetzt, um den Aufstand niederzuschießen. Ähnlich große Aufstände im April 1834 in Lyon und Paris, alle mit großer Beteiligung von Arbeitern, wurden genauso blutig beendet. Es war die Rückkehr des Volks auf die politische Bühne. Louis-Philippe trat wie ein Bürger auf, das Bürgerliche

dürfte seiner Mentalität entsprochen haben, aber er verwechselte sicher nicht Bürger und König. König, das war er, er regierte. Ein fehlgeschlagenes Attentat auf ihn am 28. Juli 1835 verschaffte ihm einen Vorsprung in der öffentlichen Meinung vor den Republikanhängern. 1840 erfolgten neue Aufstände unter Anführung von Bauarbeitern, die den Arbeitstag auf 10 Stunden verkürzt sehen wollten, 1844 erhoben sich die Bergleute in den Kohlegruben des Loiregebiets, 1845 streikten die Pariser Zimmerleute usw. Die Juli-Monarchie wird durch die Zunahme der Arbeiterkonflikte gekennzeichnet. Das eigentliche Proletariat machte ca. eine Mill. der 5–6 Mill. Fabrikarbeiter aus, aber es war nicht nur das Proletariat, das streikte oder Aufstände begann. Die soziale Frage reichte bis in die Mittelschichten der Arbeiter, da die zunehmende Mechanisierung der Arbeitsabläufe auch den Arbeitermittelstand bedrohte.

Soziale Krise und Februarrevolution 1848

In der zweiten Hälfte der 1840er Jahre belebte sich die Diskussion um eine Senkung des Wahlzensus. Der König und die Regierung mit Außenminister Guizot als starkem Mann sperrten sich dagegen, sie erkannten die Zeichen der Zeit nicht. 1846 setzte eine Agrarkrise ein (der Vergleich mit 1788 drängt sich auf). Zwei schlechte Getreidernten führten zu Versorgungsengpässen und einer Erhöhung des Getreidepreises von 17 Francs pro Hektoliter 1845 auf 43 im Jahr 1846; es kam zu Teuerungsaufständen in den Städten und auf dem Land. 1842–46 hatte es einen Investitionsschub sondergleichen gegeben, vor allem auch im Eisenbahnwesen. Der Schuldenstand war hoch, was nicht schlimm gewesen wäre, wenn nicht englisches Kapital unvermittelt nach England rücktransferiert worden wäre, das ebenfalls mit einer Wirtschaftskrise zu kämpfen hatte. Die Banken mußten mehr Geld auszahlen als sie einnahmen, sie suchten Hilfe bei der Bank von Frankreich, die nun ihrerseits fast die Reserven angreifen mußte. Natürlich war auch der Staat hoch verschuldet. Die Industrieproduktion bildete sich zurück, die Arbeitslosigkeit stieg, auf bis zu 35% in einzelnen Regionen wie der Normandie und der Champagne (Krise der Baumwollindustrie). Während es in Paris zunächst ruhig blieb, entlud sich in einer Reihe von Provinzstädten die soziale Krise in Aufständen. Die Republikanische Opposition machte sich zum Kutscher der sozialen Unzufriedenheit, sie organisierte Wahlbankette, man redet vom „Aufstand der Gabeln“. Das Verbot eines solchen Banketts im Februar 1848 in Paris führte zu gemeinsamen

Protesten von Studenten und Arbeitern, Schießereien folgten. Diesmal setzte sich die Nationalgarde von der Regierung ab, die Aufständischen schlugen sich mit regulären Truppen. Die Republikanhänger verschafften sich die Macht im Parlament und setzten eine provisorische Regierung ein. Paris erhielt wieder eine Stadtverwaltung, die es Jahrzehnte nicht gegeben hatte. In der Nacht vom 24. auf den 25. Februar wurde die Republik mit Hilfe der Zustimmung des Volks von Paris begründet, das restliche Frankreich mußte wohl oder übel folgen.

7.2 Desintegration und Integration in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Im Schatten der Revolution

Wegen der sich teilweise überschlagenden Ereignisse erscheint die Französische Revolution tatsächlich wie ein Ereigniszusammenhang, der sich blockartig in die französische Geschichte des ausgehenden 18. Jh. einschrieb. Besondere und langfristig wirksame Veränderungen hatten sich in der politischen Kultur ergeben, während die soziale Revolution mit vielen Fragezeichen versehen bleibt und vielleicht, je nach Betrachtungswinkel, gar nicht stattgefunden hat. Jedenfalls war es keine Revolution praktischer sozialer Gleichheit. Die Gesellschaft blieb hierarchisiert, allerdings wurde ein Teil der Eliten und Funktionsträger ausgetauscht. Das mag man ggf. als soziale Revolution bezeichnen.

Für die Zeit nach dem Ende der radikalen Revolution im Lauf des Jahres 1794 halten die Geschichtsbücher viele Schlagworte bereit. Es scheint verständlich, daß nach diesem bewegten Jahrzehnt – wenn die Vorrevolution mit eingerechnet wird – die französische Gesellschaft nach einer politischen und ideologischen Konsolidierung trachtete, die als Suche nach dem „juste milieu“ bezeichnet wird, als Suche nach einer Mitte zwischen Ancien Régime einerseits, das von den meisten nicht zurückgewünscht wurde, und der radikalen Revolution andererseits, die kaum jemand fortsetzen wollte. Die Suche nach dem „juste milieu“ hielt das ganze 19. Jh. an, vielleicht ist sie sogar erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Vierten Republik, in der endlich auch die Frauen in Frankreich das Wahlrecht erhielten (1944), zu einem passablen Ergebnis gelangt – oder mit der Fünften Republik, die im Zuge der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution das Ende der Revolution konstatierte. Die Geschichte der

Rezeption der Französischen Revolution im 19. und 20. Jh. erweist die grundlegende Transformation des kollektiven Gedächtnisses.

Notabelngesellschaft

Das Frankreich des 19. Jh. wird gern als Frankreich der Notabeln bezeichnet. Die Notabeln, das sind in erster Linie Eigentümer von Grund und Boden, Bankiers, Großindustrielle, reiche Bürger sowie vor allem der alte und der Neuadel, den Napoleon schuf, eine Praxis, die Ludwig XVIII. und Karl X. beibehielten. Die Notabeln waren zugleich diejenigen, die die Bedingungen des Zensuswahlrechts erfüllen konnten. Nur wer 300 Francs direkte Steuern jährlich zahlte und mindestens 30 Jahre alt war, durfte wählen, nur Männer, versteht sich. Wer 1.000 Francs direkte Steuern zahlte und mindestens 40 Jahre alt war, war wählbar. Das bedeutete bei ca. 30 Mill. Einwohnern im frühen 19. Jh. ca. 90.000 wahlberechtigte Männer und ca. 25.000 wählbare Männer. Der Zensus wurde nach 1830 geringfügig gelockert, aber erst nach der Februarrevolution von 1848 waren kurzfristig 7,5 Mill. Männer wahlberechtigt, was fast alle Männer über 25, die direkte Steuern zahlten, einschloß. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß ein Arbeiter damals ca. 2 Francs Lohn für einen Arbeitstag von durchschnittlich 14 Stunden Dauer erhielt, läßt sich ermessen, was die Hürde von 300 bzw. 1.000 Francs direkter Steuern bedeutete.

Blockierte Gesellschaft?

Z.T. wird die Gesellschaft des 19. Jh. auch als „blockierte Gesellschaft“ bezeichnet. Im Gegensatz zu England, wo die Wachstumskurve von Industrieproduktion und Bevölkerung vergleichsweise steil nach oben zeigte, nahmen die Entwicklungen in Frankreich einen gemächlichen Gang. Zwischen 1815 und 1840 wuchs das Bruttosozialprodukt um 1% jährlich (in England um 1,4%), danach bis 1860 um jährlich 2%. Die Mehrheit der Bevölkerung lebte und arbeitete auf dem Land (um 1850 75%), 44% des Nationaleinkommens wurden noch 1847 in der Landwirtschaft erwirtschaftet. Auch ohne demokratisches Wahlrecht konnte die Politik nicht an diesen Tatsachen vorbeigehen, sie mußte die Landbevölkerung zufriedenstellen. Es ereigneten sich in kurzer Folge politische Umwälzungen, Arbeiter- und Hungeraufstände waren geradezu an der Tagesordnung. Niemand, keine politische Richtung, kein Monarch, keine gesellschaftliche Gruppe oder Schicht, keine Konfession, war stark genug, ein

Konzept, sofern es ein solches gab, durchzusetzen. Das Ganze ähnelte einem Kräfteparallelogramm, in dem sich in der Regel die Kräfte gegenseitig aufhoben, das aber kurzfristig wie 1814/15, 1830, 1848, 1851 verschoben wurde und einer politischen Kraft oder Richtung zu einem vorübergehenden Sieg verhalf. Bis zu einem gewissen Grad war es egal, ob sich Frankreich Kaiserreich, Monarchie, Bürgerkönigtum oder Republik und dann wieder Kaiserreich nannte, in der Regierungspraxis machte dies keinen großen Unterschied. Am besten läßt sich das an der Pressegesetzgebung ablesen: In gleichmäßigem Rhythmus wurde die Pressezensur gelockert oder angezogen, je nach Regime und Nähe zu den sog. Prinzipien von 1789. Auf jeden Fall wurde der Presse großer Einfluß, ja Verantwortlichkeit für die Entwicklung im Land zugeschrieben, obwohl vor 1850 nur rd. 200.000 Abonnenten von Zeitungen existierten. Diese Zahl entspricht in etwa der Höchstzahl der Wahlberechtigten.

„Der Verkauf der Nationalgüter ist unwiderruflich.“ – Die Charte constitutionnelle

Ludwig XVIII. oktroyierte 1814 die *Charte constitutionnelle*, die nicht einfach die Monarchie des Ancien Régime restituierte, sondern nicht unwesentliche Errungenschaften der Revolution verfassungsmäßig festschrieb. Schon die Tatsache einer *Charte*, also einer geschriebenen Verfassung, trennt Ludwig XVIII. von Ludwig XVI. In der *Charte* lautete es u.a.: „Ludwig, von Gottes Gnaden König von Frankreich und von Navarra... Durch die Liebe unseres Volkes auf den Thron unserer Väter zurückgerufen...“ Weiters: „Das repräsentative Regierungssystem wird beibehalten werden, so wie es heute besteht, geteilt in zwei Körperschaften... Die Steuer soll frei bewilligt werden, die öffentliche und individuelle Freiheit gesichert, die Pressefreiheit respektiert und die Freiheit der Religionsausübung garantiert werden. Besitz und Heiligtum sollen unverletzlich und heilig sein; der Verkauf der Nationalgüter ist unwiderruflich. Die Richter bleiben unabsetzbar und die richterliche Gewalt unabhängig. Die Staatsschuld bleibt garantiert; die Pensionen, Ränge, militärische Ehren werden ebenso beibehalten wie der alte und der neue Adel. ... Jeder Franzose soll Zugang zu den zivilen und militärischen Ämtern haben. Schließlich soll niemand wegen seiner Ansichten und Abstimmungen behelligt werden können.“

Die Hundert Tage und der Schatten des Bonapartismus

Das Bemühen, einen nationalen Konsens herbeizuführen, ist eindeutig. Ludwig XVIII. hielt sich dementsprechend auch mit Säuberungsaktionen zurück. Nur die sog. Königsmörder, also die, die seinerzeit für das Todesurteil über Ludwig XVI. votiert hatten, wurden aus ihren Ämtern entfernt. Das sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Land im Grunde gespalten war. Hierin lag die Chance des Bonapartismus. Napoleon, der von den Siegermächten 1814 als souveräner Herrscher über Elba eingesetzt worden war, war genauestens über die Meinungsentwicklung in Frankreich unterrichtet, seine Landung am 1. März 1815 auf französischem Festland war kein spontaner Akt. Obwohl Frankreich dank der Diplomatie Talleyrands im Pariser Frieden vom 30. Mai 1814 wohlwollend behandelt worden war und sich auf dem Wiener Kongreß als europäische Macht behauptet hatte, wurde die Überlassung großer Mengen von Kriegsmaterial, das sich beim Friedensschluß außerhalb Frankreichs in den Territorien der Siegermächte befand, in Frankreich verbreitet als Dank der früheren Emigranten an die Alliierten gewertet. Während in der Armee die napoleonischen Offiziere in den Ruhestand oder auf halben Sold geschickt wurden, nahmen zurückgekehrte Emigranten, die in den Revolutionskriegen gegen Frankreich gekämpft hatten, deren Plätze ein. Genau diese Sozialgruppe und ihre Behandlung gehörte zu den neuralgischen Punkten des nachnapoleonischen Frankreich. Die Hundert Tage Napoleons bedeuteten mehr als eine Episode. Militärisch und politisch scheiterte Napoleon, aber es hatte sich gezeigt, daß der Name Napoleon Bonaparte geeignet war, patriotische Gefühle auf sich zu vereinigen und als Symbol für die Sicherung revolutionärer Errungenschaften zu gelten. Davon profitierte der spätere Louis-Napoleon (Napoleon III.)

Theorie der Terreur und Weißer Terror

Kehren wir noch einmal zurück in das Jahr 1815. Napoleons Hundert Tage belasteten Frankreich mit folgenreichen Hypotheken. Die Alliierten hielten Teile Frankreichs mit über 1,2 Mill. Soldaten besetzt, im zweiten Pariser Vertrag vom 20. November 1815 mußte Frankreich einige territoriale Verluste hinnehmen, im großen und ganzen aber wurde die Integrität des Landes gewahrt. Im Innern verschafften die Wahlen zur Abgeordnetenversammlung den Ultraroyalisten eine Mehrheit, und diesmal kam es zu Hinrichtungen von Gefolgsleuten Napoleons. Im Süden Frankreichs herrschte Lynchjustiz, bekannt als „Wei-

ßer Terror“, die Verwaltung wurde diesmal rigoros gesäubert, wie später dann noch einmal 1830. „Weiß“ war die Farbe der Monarchie, der Terror bedeutete also zugleich eine symbolische Gegenreaktion auf bzw. Rache für die Terreur 1793 bis 1794. Das wilde Abschlachten von 2.000 oder vielleicht mehr Menschen 1815 erinnert an die Terreur der Revolution, gleich bleibt sich, daß die Verbreitung von „Schrecken“ durch Blutvergießen ein traditionelles politisches Mittel in Frankreich war. Sie war wesentlich mehr als eine nur verhängnisvolle Entwicklung oder Entgleisung der Revolution, es gab eine Theorie der Terreur, die bei einzelnen Personen im Kontext der Niederschlagung des Vendée-Aufstandes zur Technik der Massenvernichtung ausgeweitet worden war.

Auch nach dem Ende der Jakobinerdiktatur blieb „terreur“ dem Sprachgebrauch erhalten, die politischen Gegner traktierten sich gegenseitig mit dem Vorwurf der „terreur“. Zum Epochenbegriff entwickelte sich „terreur“ ab 1797, z.B. in Schriften von Benjamin Constant, bei Mme de Staël und in der Revolutionshistoriographie des frühen 19. Jh. „Im Sprachgebrauch der Royalisten richtete sich der *Terreur*-Begriff im Grunde gegen jede Maßnahme des thermidorianischen Konvents und des Direktoriums, die Republik gegen rechts abzusichern, und hatte in ihrer Propaganda die offensichtliche Funktion, den Eindruck einer ungebrochenen Kontinuität der Regierungsmethoden von Robespierre bis zum Direktorium zu suggerieren.“ (Gerd van den Heuvel) Im Gegenzug geißelte die revolutionäre Presse die Royalisten als Terroristen, deren Aktionen nach 1800 dann als „weißer Terror“ bezeichnet wurden.

Bei der Legitimation der „terreur“ im Kampf gegen die äußere Bedrohung durch die europäischen Mächte standen sich die Parteien jedoch nahe, die Idee der Grande Nation war geeignet, die vielen ideologischen Gegensätze zu überbrücken. Auch dies war Louis-Napoleon 1851 gewärtig, sein erklärtes Ziel für Frankreich war, der Grande Nation wieder die ihr zukommende Stellung in der Weltpolitik zu verschaffen.

Desintegration und Integration

Man wird immer wieder zu der Feststellung gelangen, daß das Erbe der Revolution in mancher Hinsicht sehr zwiespältig war und die Nation ggf. spaltete. Das gilt vor allem für die Fragen, in denen die führenden Revolutionäre die Auseinandersetzung äußerst radikal und ggf. blutig führten, wie gegenüber der katholischen Kirche, dem

Adel und politisch Andersdenkenden. Eben diese Gruppen nutzten seit Napoleon und dann vor allem im 19. Jh. die sich wieder eröffnenden Chancen, verlorengegangene Positionen zurückzugewinnen. Die katholische Kirche begann einen Eroberungszug in den Bildungsinstitutionen und erreichte in diesem Bereich mehr Einfluß als im Ancien Régime. Dies schuf jedoch neuen Konfliktstoff, vor allem erstreckte sich ihr Einfluß auf die Frauen, während die Entchristianisierung der Männer fortschritt, sekundiert von deren Militarisierung.

Bei den Revolutionen 1830 und 1848 sowie bei diversen Gelegenheiten zwischendurch zeichnete sich die Nationalgarde dadurch aus, daß sie Aufstände gnadenlos zusammenschloß, egal, ob es um die Erhaltung der Monarchie wie 1830 oder die Errichtung einer Republik 1848 ging. Während einerseits durchaus Hunger- und Teuerungsaufstände nach Art des Ancien Régime fortexistierten, wurden politische Aufstände zur reinen Männersache, parallel zur Ausgrenzung der Frauen aus der Politik und dem Wahlrecht. Die Scheidung der Gesellschaft in eine männlich-militärisch-politische und eine weiblich-religiös-häusliche Sphäre bei den Mittel- und Oberschichten, aber z. T. auch bei den Unterschichten prägte das französische 19. Jh. Dies wird zumeist in den Hintergrund verschoben, wenn von der weiblichen Allegorie die Rede ist, die Frankreich darstellte. In dieser Allegorie verbanden sich die tradierte Allegorie der „France“ oder auch der „Gallia“, die republikanische „Liberté“ und die „Marianne“. Die weibliche Allegorie stand vorwiegend für republikanische Ideale, somit für die Ziele der republikanischen Opposition, nicht für einen Ist-Zustand.

Das politische und kulturelle Leben wurde in erheblichem Maß von der Auseinandersetzung mit der Revolution bestimmt. Anfangs wurde noch viel von Schuld geredet, später, im Lauf der 1820er Jahre, gewann die Frage nach den Ursachen, nach den Gründen der Revolution mehr an Gewicht. Es galt, über die Aufarbeitung der Geschichte nationale Integration zu erzielen. Zahlen haben ja die Eigenschaft, auf einfache Weise komplexe Zusammenhänge auszudrücken: 1811 wurden 3 Millionen Seiten Geschichtsdarstellung gedruckt, 1825 waren es 40 Millionen. Selbstredend sagen diese Zahlen nur etwas über das literate Publikum aus, nicht über das allgemeine Geschichtsbewußtsein der Nation.

Hinsichtlich des sozialen und wirtschaftlichen Lebens machten sich nur nach und nach deutliche Veränderungen gegenüber der Zeit

vor 1789 bemerkbar. Vom Verkauf der Nationalgüter hatten ganz besonders Bürger profitiert, aber die hatten schon vorher einen kleinen Siegeszug in den ländlichen Besitz hinein angetreten. Die eigentlichen Bauern hatten vor der Revolution rd. ein Drittel des Bodens besessen, danach ca. 40%, was hinter den Idealen der Revolution zurückblieb, aber immerhin auf den größten bäuerlichen Besitzzuwachs aller Zeiten in Frankreich hinweist. Die Frage nach Veränderungen in der Sozialstruktur allein reicht nicht aus. Die Frage ist vielmehr, ob die Lebensgewohnheiten und auch die Mobilität weiterhin kleinräumig charakterisiert blieben oder ob sich auch dort eine nationale Einheit herauskristallisierte.

Die Disparität der Verhältnisse läßt sich an den Krisenzyklen des 19. Jh. ablesen. Mit Zyklus ist der Zusammenhang von Mißernte, Getreide- bzw. Brotteuerung, Hunger sowie Krankheit und Tod als Folge des Hungers anzusehen. Wie schon im Ancien Régime bestand nicht immer ein objektiver Mangel an Getreide, da nicht überall Mißernten gleichzeitig zu verzeichnen waren, sondern es bestand ein Verteilungs- und Spekulationsproblem, das die Preise ansteigen ließ und den Hunger verursachte. Um den Krisen zu entgehen, machten sich immer mehr Menschen auf den Weg, teils endgültig, d.h. sie wanderten vom Land in die Stadt, oder vorübergehend, d.h. sie zogen saisonal zur Arbeit wie dem Eisenbahnbau und bewirtschafteten weiterhin ein Stück Land. Dies diente zunächst einer stärkeren Integration kleiner Räume wie den Départements oder auch Regionen. Die Schul- und Sprachenpolitik setzte bis zum Ende des Jahrhunderts Hochfranzösisch als allgemein gängige Nationalsprache durch, gerade das Militär wirkte hier als Schule der Nation, aber die Dialekte existierten weiter, und die alten Sprachen wie das Okzitanische wurden von Gelehrten zu regionalen Hochsprachen entwickelt, die eine regionale Identität und manch regionalen Geschichtsmythos abstützen sollten.

7.3 Das Second Empire

Der Staatsstreich von 1851

Die Aufbruchstimmung des Revolutionsjahres 1848 hatte auch den Bonapartisten genutzt, der Außenseiter Louis-Napoleon wurde schnell zum Kompromißkandidaten. Der Neffe Napoleons, Louis-Napoleon Bonaparte (1808 bis 1873) machte sich diese Stimmungen zunutze. Zwei frühere Putschversuche waren gescheitert, aber ausge-

rechnet die Revolution von 1848, die wieder eine Republik installierte, ebnete Louis-Napoleon den Weg zur Macht. Gerade aus dem Exil zurückgekehrt, kandidierte er bei den Präsidentschaftswahlen Ende 1848, die er haushoch gewann. Geschickt nutzte er die Zeit, um eifrig durchs Land zu reisen und die öffentliche Stimmung für sich zu gewinnen, so daß er geradezu problemlos am 2. Dezember 1851 staatsstreichartig die Macht an sich reißen konnte. Louis-Napoleon war dabei nicht einfach bei einem nostalgischen Bonapartismus stehen geblieben, sondern er äußerte im Gegensatz zu seinem Vorgänger Louis-Philippe von Orléans, dem Bürgerkönig, u.a. ein klares Bewußtsein von der Arbeiterfrage, die sich 1814/15 noch kaum, Mitte des 19. Jh. aber immer deutlicher stellte. Die Arbeiter beeindruckte er durch sein sozialpolitisches Bewußtsein, die Bauern erinnerten sich mit Zustimmung an das Erste Kaiserreich, ein Teil der Konservativen sah in Napoleon eine leicht zu lenkende Figur. Der an sich aussichtsreiche republikanische Kandidat Cavaignac hieß bei den Arbeitern der „Schächter“, weil er die Juni-Aufstände blutig hatte niederschlagen lassen, anderen war er zu radikal. Kurz und gut, am 10. Dezember 1848 erzielte Napoleon 5,5 Mill. von 7,5 Mill. Stimmen und war damit Präsident.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Mai 1849 wurden überwiegend konservative Abgeordnete gewählt, die eher Monarchisten, weniger Republikaner waren. Den Ton gab die sog. Partei der Ordnung an, die sich an den Werten Religion, Familie und Eigentum orientierte. Ihr besonderes Interesse galt dem Schicksal des Papstes. Die 1848er Revolution hatte in Rom zur Errichtung einer Republik geführt, die den Papst vertrieb. Die französische Partei der Ordnung betrieb die Wiedereinsetzung des Papstes mit militärischen Mitteln in Rom selbst. Dies gelang ihr, während die linken Kräfte in Frankreich unter Führung Lamartines vergeblich versuchten, die Öffentlichkeit gegen diese Intervention zu mobilisieren.

Das Gesetz Falloux vom 15. März 1850 organisierte das Bildungs- und Universitätswesen neu; vor allem wurde der Klerus in alle Kontrollgremien aufgenommen. Geistliche konnten nun lediglich ausgestattet mit der Erlaubnis ihres Bischofs Volksschulen gründen, eine pädagogische Ausbildung oder gar ein Lehramtsstudium wurde nicht für erforderlich gehalten. Die Mitglieder der religiösen Kongregationen waren gewissermaßen geborene Volksschullehrer und -lehrerinnen, und in der Tat erlebte Frankreich einen beispiellosen Gründungsboom kirchlicher Schulen.

Als um so schmerzlicher wurde es empfunden, daß bei Nachwahlen in Paris 1850 ein bekannter „Linker“, Eugène Sue (1804 bis 1857), ins Parlament gelangte. Das wiedergeborene Frankreich der Notabeln, auf dem Weg der Rekatholisierung, nahm das so tragisch, daß sofort die Börsenkurse in den Keller rutschten. Sue war am 28. April gewählt, schon am 31. Mai war die gesetzgeberische Notbremse gezogen worden: Ein Drittel von den 9 Mill. männlichen Wählern wurde kurzerhand im Zuge einer Verschärfung des Wahlzensus von den Wahlen ausgeschlossen. Voraussetzung war nun, als Steuerzahler bereits drei Jahre in derselben Gemeinde eingeschrieben zu sein. Das schloß die notgedrungen mobilen Beschäftigten wie Tagelöhner, Gesellen auf Wanderschaft, Hausbedienstete u.a. mehr aus, Leute, die ggf. links und republikanisch wählten.

Die Verfassung der Republik sah vor, daß der Präsident nur einmal auf vier Jahre gewählt werden konnte. Louis-Napoleon mochte sich mit einer solchen Perspektive überhaupt nicht anfreunden. Systematisch schuf er sich im Elysée-Palast eine bonapartistische Hausmacht, plazierte seine Leute in der Regierung und in der Verwaltung. In seinen Reden suchte er den Schulterschluß mit dem Volk, den Bauern, den Arbeitern und dem Patronat. Er identifizierte seinen Namen mit einem einfachen Programm: „Ordnung, Autorität, Religion, öffentliches Wohl, nationale Würde.“ Allen politischen Gruppierungen stand der Wahltermin von 1852 vor Augen, doch kamen die Republikaner nicht aus den Startlöchern, die Royalisten, die um Adolphe Thiers geschart einen Bourbonen zur Kandidatur auf das Präsidentenamt bewegen wollten, mußten sich mit dynastischen Querelen auseinandersetzen. Louis-Napoleon ließ nunmehr auch öffentlich durchblicken, daß er sich zur Wiederwahl stellen wolle, weil es keine Alternative zu ihm gebe. Andernfalls sei die Restauration oder Anarchie zu befürchten. Er propagierte offen eine Revision der Verfassung, die Nationalversammlung zieh er, modern gesprochen, der sozialen Kälte. Der Versuch, dort die nötige Dreiviertelmehrheit für eine Verfassungsänderung zu sammeln, mißlang. Napoleon forderte populistisch die Aufhebung des Zensusgesetzes vom Mai 1850 sowie einen Volksentscheid. In der Nacht vom 1. auf den 2. Dezember 1851 schritt der Präsident zur Tat; er löste per Dekret die Nationalversammlung auf, führte das allgemeine Wahlrecht wieder ein und verkündete den Belagerungszustand in Paris. Die wichtigsten Abgeordneten wurden verhaftet, einen allgemeinen Volksaufstand gab es nicht, aber kleinere Aufstände in Paris und wenigen Departements

reichten aus, um auch dieser Staatsumwälzung ihr blutiges Denkmal zu setzen. Über 25.000 Verhaftungen, Verbannungen wie die Victor Hugos und ca. 9.500 Deportationen nach Algerien sorgten für die politische Ruhe, die sich Louis-Napoleon wünschte. Am 21. Dezember 1851 wurde das ursprünglich für den 14.12. geplante Plebiszit durchgeführt. Die französischen Männer stimmten über folgendes Dekret ab: „In der Erwägung, daß die Souveränität in der Gesamtheit der Bürger beruht, bestimmt der Präsident der Republik: Das französische Volk wird feierlich für den 14. (sic!) Dezember in seine Wahlkollegien einberufen, um den folgenden Volksentscheid anzunehmen oder zu verwerfen: Das französische Volk will die Erhaltung der Autorität Louis-Napoléons und überträgt ihm die erforderlichen Vollmachten, um eine Verfassung auf den Grundlagen zu schaffen, die in seiner Erklärung vom 2. Dezember vorgeschlagen wurden.“ Mit 7.349.000 Ja-Stimmen und 646.000 Nein-Stimmen wurde dieses Plebiszit angenommen. Die erwähnte Erklärung vom 2. Dezember enthielt eine Verfassungsskizze, die sich gewollt symbolisch an die Verfassung des Jahres VIII anlehnte, als Napoleon I. nach dem Staatsstreich vom 18. Brumaire (9. November 1799) Erster Konsul geworden war. Am 2. Dezember 1852 rief Louis-Napoleon das Zweite Kaiserreich aus, das mit der Entwicklung großartiger Perspektiven begann und in einem militärischen Fiasko endete.

Institutionalisierung von Integrationsprozessen im Second Empire

Die synthetische Wirkung von Körpermetaphern war zusammen mit dem organologischen Bewußtsein, das die größten Widersprüche hatte überbrücken können, in der Terreur verlorengegangen. Die Entwicklung der Medizin, Psychologie und Pathologie im 19. Jh. beförderte die Fragmentierung der Körpervorstellung. Der Preis der wissenschaftlichen Genauigkeit war der Verlust des Ganzkörperbildes und der Ganzkörpermetaphern. Positiv ausgedrückt: Die Beseitigung der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Körpermetaphern machte den Weg für politische, wirtschaftliche und soziale Rationalitäten frei, deren Einwirkungen auf die Bevölkerung mit dem Schlagwort der Integration zusammengefaßt werden können. „Integration“ ist auch heute noch maßgebend für historische Prozesse, das Second Empire bereitete den Boden für die Institutionalisierung von Integrationsprozessen.

„Endlose Landgebiete...“ – Der Eisenbahnbau

Eines der größten innerfranzösischen Abenteuer war jenes des Eisenbahnbaus. Wie im Fall der Erneuerung von Paris (s.u.) existierten vor dem Second Empire bereits wichtige Voraussetzungen, aber erst unter dem Empire wurde der richtige Druck dazu entwickelt. Der Bau von Eisenbahnen revolutionierte nicht nur das Transportwesen, sondern bedeutete eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Integration des Landes. Allerdings wurde das Prinzip einer strikten Zentralisierung, was zugleich und immer strikte Ausrichtung auf Paris bedeutete, beibehalten. Paris war Kopf und Herz Frankreichs in einem. Die großen Bahnlinien, die Gewinn versprachen, begannen und endeten alle in Paris. Dieses „primär“ genannte Netz stärkte die Stellung von Paris, während das sekundäre Netz, das die regionalen Anbindungen an die Hauptstrecken leisten sollte, ungleich größeren Schwierigkeiten ausgesetzt war, weil die Rendite zu gering oder überhaupt fraglich war. Die größten Schwierigkeiten bereiteten die Ost-West-Verbindungen, beispielsweise durch das Zentralmassiv. Noch heute sind diese Verbindungsdefizite schmerzlich zu spüren, es ist einfacher, von Bordeaux nach Lyon über Paris zu fahren, statt quer durch das Zentralmassiv.

Die Bedeutung des Eisenbahnwesens dürfte aber vielleicht noch größer gewesen sein im Hinblick auf die industrielle Entwicklung, die Etablierung von Aktiengesellschaften, die finanzielle Kooperation zwischen Staat und Privatwirtschaft, die Industriepolitik und die Entwicklung eines professionellen Managements großer Gesellschaften.

Versuchen wir, diese Punkte in der gebotenen Kürze aufzuarbeiten und da anzufangen, wo die französische Eisenbahn anfang, nämlich 1823. Am 26. Februar 1823 genehmigte Ludwig XVIII. den Bau einer Eisenbahn von Saint-Étienne nach Andrézieux an der Loire. Die Strecke war 23 km lang und hatte mit dem, was man sich unter Eisenbahn vorstellt, nur insoweit etwas zu tun, als es sich um einen Schienenweg handelte. Die Schienenwagen wurden von Tieren, z.T. an Seilen gezogen, auf abschüssigen Strecken ließ man die Wagen rollen. Transportiert wurden Kohle und andere Primärmaterialien vom Bergwerk oder der Fabrik bis zum nächsten Kanal, wo die Güter auf Schiffe umgeladen wurden. 1832 wurde erstmals auf der Linie St-Étienne-Lyon eine Lokomotive eingesetzt (Gebrüder Seguin), im Juli desselben Jahres wurden erstmals Personen auf dem Schienenweg befördert. Die Tarifgestaltung war anfangs eher anarchisch, von den Nutzern wurde soviel, wie eben durchzusetzen war, verlangt.

Der Erfolg, aber auch die vielen Querelen um die Gesellschaft veranlaßten den Gesetzgeber, das Eisenbahnwesen zu einer „öffentlichen Angelegenheit“ zu erklären. Von 1833 an wurde der Eisenbahnbau staatlich konzessioniert, im Regelfall wurde die Konzession für 99 Jahre erteilt, der Staat nahm Einfluß auf die Regelung der Beförderungsbedingungen. Im Juni 1834 bereits ließ sich der damalige Minister für Handel und Öffentliche Arbeiten, Adolphe Thiers, 500.000 Francs genehmigen, mit denen ein Gutachten über den Ausbau großer Verbindungsstrecken erstellt werden sollte. Fortan beteiligte sich der Staat auch direkt als Aktionär oder Unternehmer an neuen Strecken. Phasenweise bestand das Ziel darin, die großen Linien zu Staatslinien zu machen, während das Netz sekundärer, d.h. regionaler und lokaler Verbindungen der Industrie und Privatwirtschaft überlassen bleiben sollte, doch besaß der Staat nicht das nötige Geld, um ein solches Prinzip durchzusetzen. Am 15. Februar 1838 wurde dem Abgeordnetenhaus ein Gesamtplan vorgelegt, der Verbindungen Paris-Ärmelkanal, Paris-belgische Grenze, Paris-Bordeaux, Paris-Lyon-Marseille, insgesamt 4.400 km vorsah. Der von der Regierung ernannte Kommissar Legrand machte deutlich, daß die großen Eisenbahnlinien zu den bedeutsamen Steuerungsinstrumenten der Regierung zu rechnen seien. Knapp sechs Jahre nach der Eröffnung der ersten wirklichen Eisenbahn 1825 erscheint eine solche Feststellung noch als weitsichtig, wenn an die künftige Rolle der Eisenbahn für das militärische Nachschub- und Transportwesen gedacht wird, die Legrand und sein Minister Martin im übrigen durchaus schon andeuteten. Legrand drang darauf, daß der Staat, wenn die Linien zunächst privatwirtschaftlich erstellt würden, die Möglichkeit haben müsse, zu einem späteren Zeitpunkt das Eigentum an den Linien zu übernehmen. Andere Stimmen hoben an den Eisenbahnlinien das grenzüberschreitende und völkerverbindende Element hervor. Es blieb beim Projekt, derweil erlebte Frankreich 1835–38 einen ersten Boom im Eisenbahnbau, der im Kohlebergbau und in der Stahlindustrie zu einer spürbaren Erhöhung des Absatzes und des Arbeitskräftebedarfs führte.

Die Kehrseite war der allzu enge Zusammenhang zwischen diesen Wirtschaftszweigen, so daß Krisen sofort zu erheblichen Absatzeinbußen und umfangreichen Entlassungen führten. Die Kompagnien mußten sich an den Staat wie in den Jahren 1838–41 um Hilfe wenden. Neben Krediten übernahm der Staat wie im Fall der Gesellschaft Paris-Orléans die Garantie der Dividendenzahlungen an die

Aktionäre, auf eine 500 FF-Aktie eine Dividende von 20 FF, also 4% Ertragsgarantie. Das Beispiel dieser Gesellschaft macht deutlich, was im Grunde auf dem Spiel stand: Die Gesellschaft hatte Aktien im Nominalwert von 160 Mill. FF ausgegeben, was damals absoluter Rekord war. Ein Jahr nach Gründung war die Gesellschaft finanziell am Ende, von der Strecke Paris-Orléans waren lediglich 19 km gebaut. In harten Verhandlungen erreichte die Gesellschaft die genannten Garantieleistungen des Staates, und baute weiter. Das Gewicht des Eisenbahnwesens machen zwei weitere Zahlen deutlich: Zwischen 1834 und 1859 stellten die Eisenbahngesellschaften zahlenmäßig nur 12% der Aktiengesellschaften dar, aber sie vereinigten im Schnitt 80% des gesamten in Aktien angelegten Kapitals auf sich.

1842–46 war eine ausgesprochene Blüteperiode des Eisenbahnwesens, die risikoreiche Finanzierung wurde auf drei Schultern verteilt: den Staat, die jeweiligen öffentlichen Körperschaften und die Privatunternehmen. Spätestens von da an lohnte sich das Thema Eisenbahn als Wahlkampfthema, da beispielsweise die Entschädigungskosten bei Enteignungen zu zwei Dritteln von den betroffenen Départements und Gemeinden sowie zu einem Drittel vom Staat finanziert wurden. Der Staat übernahm außerdem die Infrastrukturkosten, während die Eisenbahngesellschaften den Schienenweg selbst, dessen Unterhaltung, das rollende Material und die weiteren notwendigen Einrichtungen finanzierten. An die Stelle der früheren Konzession trat nun die Verpachtung an die Gesellschaften. Diese wiederum konnten sich Konzessionen erhandeln, wenn sie die Aufgaben und Kosten, die eigentlich der Staat trug, übernahmen. Gerade bei attraktiven Strecken wie der Nordstrecke nach Belgien lohnte sich ein solcher Handel für die Compagnie du Nord, der ein Bankenkonsortium unter Führung von Rothschild zur Seite stand.

In der allgemeinen Krise seit 1846, die erheblich zum Ausbruch der 1848er Revolution beitrug, versiegte der Investitionsstrom, um erst 1851 wieder aufzuleben. Die panischen Aktienverkäufe führten bei den Aktionären zu Verlusten von annähernd 500 Mill. FF, eine enorme Summe gemessen daran, daß das Nominalkapital aller ausgegebenen Eisenbahnaktien etwas mehr als 1,2 Mrd. FF betrug. Die Bauarbeiter wurden zu Tausenden arbeitslos, in deren Folge in den Eisenerzgruben 15.000 Arbeiter im Jahr 1847 und nochmals über 10.000 im Jahr 1849; in den Kohlegruben, ebenfalls in diesen beiden Jahren, zusammen rd. 67.000 Arbeiter, usf. Der inzwischen zum Präsidenten gewählte Louis-Napoleon Bonaparte verkündete dennoch

sein vorrangiges Interesse für das Eisenbahnwesen, dessen Vorteile und Leistungsmöglichkeiten er vom englischen Beispiel her kannte. In einer Rede 1850 sagte er deshalb: „Wir müssen die Möglichkeiten des Austauschs vermehren, um unser Land zum blühen zu bringen [...] Ohne den Handel tritt die Industrie auf der Stelle [...] Die Industrie muß sich das Kapital, das sie zur Perfektionierung ihrer Ausrüstung benötigt, zu niedrigen Zinsen beschaffen können [...] So schnell wie möglich müssen die Verkehrswege ausgebaut werden.“

Schon einen Tag nach gelungenem Staatsstreich, d.h. am 11. Dezember 1851, wurden die Weichen für die Ordnung des alles in allem sehr unübersichtlichen Eisenbahnwesens gestellt. Die erste Maßnahme war die Genehmigung für fünf große Gesellschaften, deren Linien in Paris begannen bzw. endeten, die Bahnhöfe untereinander mit Gleisen innerhalb des Stadtgebiets von Paris zu vernetzen. In schneller Folge wurden dann die nötigen Konzessionen für den Ausbau der großen Linien erteilt, die Regierung drängte die Gesellschaften außerdem zur Fusion, weil dies kostengünstigeres und effektiveres Bauen und Wirtschaften, außerdem eine bessere Koordination des Angebots versprach. Daraus entstanden die sog. Sechs Großen Linien, deren Star die 1857 gegründete PLM (Paris-Lyon-Méditerranée) wurde: Compagnie du Nord, de l'Est, du PLM, de l'Ouest, du Paris-Orléans, du Midi.

In einer Rede am 9. Oktober 1852 in Bordeaux hatte Napoleon (III.) noch einmal seine politischen Leitlinien formuliert: „Das Kaiserreich: das bedeutet Frieden. Endlose Landgebiete warten darauf, fruchtbar gemacht zu werden, wir müssen Straßen bauen, Brücken schlagen; wir müssen Wasserläufe schiffbar machen, unser Eisenbahnnetz vervollständigen. [...] Die Eisenbahn wird aus Paris den größten Marktplatz der Welt machen. [...]“

Die neue Hausse im Eisenbahnbau war von den zu erwartenden Aufblähungseffekten in der Kohle- und Stahlindustrie begleitet. 1865 übernahm der Staat für die großen Linien wiederum eine Ertragsgarantie über 4% Dividende für 50 Jahre, was das Vertrauen der Aktionäre, überhaupt der Öffentlichkeit in die Solidität dieses immer noch jungen Wirtschaftszweiges stärken sollte.

Zur Wertung bedarf es eines Vergleichs mit europäischen Nachbarländern. Am Stichtag 31. Dezember 1869 war das belgische Eisenbahnnetz in Relation zur Landesgröße 3,32 mal so groß wie das französische, das englische 2,51 x, das niederländische 1,45 x, das schweizer 1,07 und das deutsche 1,05 x so groß. Im Vergleich zu den

drei zuerst genannten Ländern befand sich Frankreich im Rückstand, im Vergleich zu den anderen hielt es gut mit.

Es dürfte nicht schwer sein, sich vorzustellen, wieviel an diesem neuen Wirtschaftszweig neben der Kohle- und Stahlindustrie noch hing. Vor allem bedurfte es neuer Spezialisten; die Wegebauingenieure mußten mit neuen Problemen und Fragen fertig werden; es wurden auch schlicht und einfach mehr Ingenieure gebraucht, mit den entsprechenden Anforderungen an das berufliche Ausbildungswesen. Die betriebswirtschaftliche Gesamtrechnung wäre zu nennen. Enorme Fehlkalkulationen waren anfangs an der Tagesordnung und im Grunde unvermeidbar. Es waren komplexe Organisationsstrukturen auszudenken und zu erproben. Die vielen Rückschläge und Kapitalprobleme führten die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge in neuem Licht vor. Der öffentlichen Verwaltung fielen neue Aufgabenbereiche zu, sie expandierte, es mußten neue Kontrollmechanismen entwickelt werden. Die Verknüpfung der verschiedenen Wege- und Fortbewegungssysteme (Bahn, Straße, Wasser, Kutschen: Huckepackverfahren etc.) mußte durchorganisiert werden. Die großen Bahnhöfe mutierten zu neuen Zentren des sozialen Lebens, und manche Lebensgewohnheit entstand neu – wie die Eröffnung von Bahnhofsbuchhandlungen, die das Lesen zu einer charakteristischen Begleiterscheinung des Bahnfahrens werden ließen. Es wurde möglich, zum Sonntags- oder Wochenendvergnügen Strecken an einem Tag zurückzulegen, für die es früher einer ausgesprochenen Reise bedurft hätte. Das Freizeitverhalten veränderte sich maßgeblich, und damit der Verbrauch weiterer Umweltressourcen.

Die Entwicklung des Eisenbahnwesens und der Zusammenhang mit den Krisen ab 1846ff. zählen zu den Ursachen der Revolution von 1848. Während 1789, nach unmittelbar vorangehenden wirtschaftlichen und sozialen Krisen, in sehr starkem Maß eine politisch-kulturelle Revolution einsetzte, bedeutete 1848 in sehr starkem Maß eine sozio-ökonomische Revolution – was 1789 nicht der Fall gewesen war. Die Republik konnte die sozio-ökonomischen Probleme nicht in der kurzen Zeit, wie ungerechterweise erwartet wurde, lösen, so daß der Übergang zum Kaiserreich, von dem man sich mehr Erfolg versprach, vergleichsweise leicht und glatt über die Bühne ging. Napoleon III. machte den Eindruck, der starke, den sozialen und wirtschaftlichen Problemen des Landes und vor allem des Volkes verbundene Mann zu sein, der es schon richten würde. In immer schnelleren Schritten wurde nach 1850 das Ancien Régime zur Seite ge-

schoben. Auch hier mangelt es nicht an einem symbolhaften Großereignis, dessen Kühnheit noch heute Bewunderung erzeugt, dessen soziale Grausamkeit jedoch erschrecken läßt. Gemeint ist die Stadterneuerung von Paris.

Das Ancien Régime wird abgerissen: Die Stadterneuerung von Paris durch Baron Haussmann

Seit Beginn des 19. Jh. existierten Überlegungen zur Stadtsanierung von Paris. Nicht zuletzt die Cholera-Epidemie von 1832 hatte den Zusammenhang zwischen Städtebau und Überleben in der Stadt drastisch vor Augen geführt. Erst unter Napoleon III. wurde jedoch ein Konzept entwickelt, das auf drei Säulen ruhte: Gesunde Städtehygiene, Arbeitsbeschaffung, auf Außenwirkung bedachte Großartigkeit der französischen Hauptstadt. Für Napoleon persönlich galt der Ehrgeiz, der Nachwelt im Gedächtnis verhaften zu bleiben. Napoleons Mann war der Baron Georges Haussmann (1809 bis 1891), der in 17 Jahren eine Millionenstadt, die städtebaulich weit zurück geblieben war, in eine moderne Großstadt verwandelte, eine Verwandlung, die bis heute infrastrukturell trägt.

Einer der Hauptvorwürfe an den Baron lautete, das „Alte Paris“ zerstört zu haben. Was aber war das „Alte Paris“? Schon Napoleon I. hatte auf Sankt-Helena sinniert, man müsse Paris völlig zerstören und ganz neu aufbauen. So schlimm wird es nicht gewesen sein, als Haussmann 1853 als Präfekt des Département Seine die Sanierung in Angriff nahm, aber enge dreckige Straßen, eine katastrophale Versorgung oder besser: Nichtversorgung mit Wasser, Abwasserkanälen, Licht und Luft machte das Leben und Wohnen in Paris für die Mehrzahl der Menschen zu einem Risiko. Viele Häuser waren alt und instabil, vom Ruß geschwärzt, schlecht belüftet, dunkel, sie stanken. Die Häuser waren überbelegt, in den Vierteln des Zentrums, wo das „Volk von Paris“ lebte, war die Kleinkriminalität für viele der Hauptlebensunterhalt. Die Straßen waren eng, dreckig, feucht. Literarisch berühmt gemacht hat dieses Paris der „rote Dandy“ Eugène Sue in seinem 1842/43 erschienenen Feuilletonroman „Die Geheimnisse von Paris“ (Les Mystères de Paris; die Île de la Cité als ein zentraler Schauplatz). Die Gebäude, die im Schatten des Louvre gewachsen waren, beschrieb Honoré de Balzac (1799 bis 1850) als ‚lebendige Gräber‘. Industriebetriebe schlossen sich an Wohnbezirke an: einzige Kloaken, wie Balzac sagte; wo man nur vorbeigehen müsse, wie andere meinten, um sich Rheuma zu holen. Die Schlachthöfe der

Stadt befanden sich mittendrin. Das Tierblut lief auf die Straße und vermengte sich mit dem Straßendreck. Insbesondere bei den Lebensbedingungen der ungelerten Arbeiter, bei den Unterschichten, kumulierten sich die Effekte: Zugige, dreckige, feuchte Behausungen, bestehend aus einem Raum für die ganze Familie, keinerlei Entsorgungseinrichtung für Abfall und Abwasser; ähnliche Zustände in den Werkstätten. Wenig Licht, schlechte Luft im Innern der Gebäude und draußen auf den Straßen. Auf 945.000 Einwohner 1851 kamen 31.000 Häuser mit 294.000 vermieteten „Wohnungen“. 387.000 wohnten in Baracken, weitere 300.000 in größeren Häusern unter ärmlichsten und dreckigen Umständen. Das Alte Paris war also keineswegs eine romantische alte Stadt. Im heutigen 3. Arrondissement betrug die Einwohnerdichte 1 Ew auf 3 qm Wohnfläche, während sie an den Champs-Élysées, damals Randgebiet, lediglich 1 Ew auf 186 qm betrug. Im 3. Arrondissement hatte die Cholera 1849 leichtes Spiel.

Von 1852–1870 wurden 34.000 neue Häuser gebaut, überwiegend als Ersatz für Altbauten. Das macht die ganze Dimension des Unternehmens deutlich. 1867 beispielsweise wurden 2.325 Häuser oder Baracken abgerissen, dafür entstanden 3.809 Häuser neu. Haussmann gab sich beispielhaft, indem er auch sein eigenes Haus abreißen ließ.

Auch wenn die literarischen, polizeilichen und sonstigen behördlichen Zeugnisse über das Alte Paris übertrieben haben mögen, der Anfang der Stadtsanierung fand kaum Widerspruch, sondern wurde begrüßt. Die besondere konzeptionelle Neuerung Haussmanns lag darin, die gesamte Stadt in allen ihren Bezügen zu erfassen: Es wurden nicht nur breite Boulevards, die künftigen Hauptachsen der Stadt bis heute, geschlagen, sondern es wurden auch die neuen großen Bahnhöfe, die öffentlichen Parks und Grünflächen einbezogen, es wurden tausende von Bäumen gepflanzt. Durch die Bahnhöfe und die zu Plätzen ausgedehnten Kreuzungen der Boulevards entstanden neue kommerzielle Zentren. Die Gebäudearchitektur wurde nach Designermanier durchgestilt. Manche Viertel wie jenes der Île de la Cité, das zu den am meisten inkriminierten gehörte, wurden geradezu entvölkert. Statt früher 15.000 Menschen lebten dort um 1890 nur 5.000 im Schatten der öffentlichen Paläste (Justizpalast; Kaserne – heute Polizeipräfektur; etc.). Es ist nicht zu übersehen, daß die neuen Hauptachsen, die sich im übrigen an alte Achsen, die aber wesentlich enger und z.T. verwinkelter gewesen waren, anlehnten,

diejenigen Stadtviertel auch im übertragenen Wortsinn säuberten, aus denen früher so häufig der populäre Widerstand hervorgegangen war.

In gewissem Sinn stellte dies den Versuch dar, tief in das historische Gedächtnis des Volks von Paris einzuschneiden. An anderen Stellen zeigte Haussmann jedoch Skrupel. So hätte die Kirche Saint-Germain-l'Auxerrois eigentlich dem Ausbau der Rue de Rivoli weichen sollen, die die Verbindung zwischen Louvre und Place de la Bastille herstellte, hier ließ Haussmann aber die „alten Steine“ stehen. Die Glocken der Kirche hatten die Bartholomäusnacht 1572 eingeläutet. Haussmann war Protestant, er befürchtete, daß man ihm den Abbruch der Kirche als Rache für 1572 auslegen werde. Während Oper und Opernplatz grandiose neukonzipierte Prestigebauten waren, wurden wie im Fall des Boulevard Malesherbes ältere Pläne zur Ausgestaltung des Viertels um die Madeleine-Kirche aufgegriffen.

Neu organisiert, d.h. z.T. verlegt, wurde das Schlachtwesen (Errichtung von Schlachthöfen statt Schlachten auf der Straße), die zentralen Markthallen wurden neu konstruiert (1851 bis 1859), auch dies ein neuralgischer Punkt der Pariser Stadtgeschichte, an den erneut 1971 bis 1973 mit dem Abriß der *Halles centrales* gerührt wurde. Eugène Sue hatte in den „Geheimnissen von Paris“ den Volksvierteln ein literarisches Monument gesetzt, Emile Zola tat mit „Der Bauch von Paris“ (*Le Ventre de Paris*) das gleiche für die zentralen Markthallen. Der Architekt Victor Baltard (1805 bis 1874) schuf mit den Hallen einen neuen architektonischen Stil – Verbindung aus Eisenkonstruktion, Glas und Ziegelsteinen –, der sich dann über ganz Frankreich ausbreitete und nicht wenig zur visuellen Integration des Landes beitrug.

Am 1. Januar 1860 wurde Paris durch Eingemeindungen erheblich erweitert. Paris erhielt damit seine heutige Ausdehnung. Seitdem berühmt gewordene Viertel wie Montmartre gehörten erst ab diesem Zeitpunkt zur Stadt Paris, die ihre Fläche mehr als verdoppelte und 400.000 Einwohner hinzugewann. Die Stadt wurde in 20 Arrondissements mit insgesamt 80 Vierteln eingeteilt. Aus Staatsbesitz schenkte Napoleon III. der Stadt die Wälder von Boulogne und von Vincennes, die zu, modern ausgedrückt, Naherholungsgebieten ausgebaut wurden. Daneben entstanden 24 begrünte Plätze innerhalb der Stadt, die jeder als Parisbesucher kennt.

Zu den größten Herausforderungen zählte die Wasserversorgung der Stadt. Erstens gab es nicht genug, und zweitens schon gar nicht

fließend Wasser in jedem Haus, und drittens war es unsauber oder gar verseucht. Es wurden Quellen 130 Km außerhalb von Paris angezapft, Aquädukte gebaut, und städtische Reservoirs für den errechneten Tagesbedarf von 1,5 Mill. Einwohnern angelegt. Noch größer war das Abenteuer des Kanalbaus für Schmutzabwässer. Die Kloaken wurden direkt unter den neuen Straßen gebaut. Der Hauptkanal war immerhin 4,40 m breit, 5,60 m hoch, 200 von 600 Kanalkilometern wurden mit Wagengleisen ausgestattet, auf denen man Waggons laufen ließ, in denen Damen der vornehmen Gesellschaft Platz nahmen, um einen Hauch von Hades zu erleben. Die Seine, in die vorher alle Abwässer geleitet worden waren, obwohl sie auch das Trinkwasser lieferte, begann, sich zu regenerieren.

Die Straßenbeleuchtung wurde seit 1829 gemächlich auf Gas umgestellt. Haussmann forcierte diesen Prozeß und ließ nach Möglichkeit die Neubauten mit Gas und Gaslicht ausstatten. Geradezu zelebriert wurden die neuen Möglichkeiten in Gebäuden wie der Oper, in denen die Nacht zum Tag gemacht wurde. Die Kehrseite war die Flucht der armen Leute aus Paris. Die Mieten wurden kräftig und möglichst oft erhöht, langfristige Mietverträge gab es nur für Gutverdienende. In den Wäldern irrten die Obdachlosen, die vorher in Baracken und Verhauen zumindest billige Unterkünfte gefunden hatten. Dies kontrastierte mit den aufwendigen Einweihungsfeiern für die Boulevards mit Paraden, Fahنشmuck, Triumphbögen und ggf. einer Kutschfahrt des Kaisers, mit Reden und viel Prominenz, nächtlicher Festbeleuchtung und Tanz bis in den Morgen. Haussmann nahm die Gelegenheiten wahr, um die Stadtsanierung zu rechtfertigen und mit dem Ausbau des antiken Roms zu vergleichen.

Die Weltausstellungen: Frankreich als Kulturmodell

Sowohl die herrschaftliche Zelebration des Eisenbahnbaus wie der Umbau der Stadt Paris als Demonstration einer Machtvollkommenheit, gekleidet in das Gewand der Ingenieure und Architekten des Industriezeitalters, zielten nicht nur auf Frankreich, sondern auf die angestrebte Weltgeltung. Als Napoleon III. die Aufgaben für die französische Politik skizzierte, wie oben zitiert, scheint er in Gedanken die „unendliche“ Weite der USA vor Augen gehabt zu haben. Mit den Weltausstellungen wurden die neuen französischen Ambitionen vor der Welt inszeniert. Es wäre eine interessante Forschungsaufgabe, die Epoche des Second Empire und ihre politischen Inszenierungen mit

der Epoche Ludwigs XIV. zu vergleichen. Wieder sollte Frankreich ein Modell werden.

Unter Napoleon III. wurden 1855 und 1867 Weltausstellungen in Paris abgehalten, es folgten unter der III. Republik in schneller Folge weitere: 1878, 1889, 1900, und 1937 die vorerst letzte in Frankreich. Als Idee gehen solche Ausstellungen auf Industrieausstellungen zurück, die in der zweiten Hälfte des 18. Jh. in England erfunden wurden. Auch die erste Weltausstellung 1851 fand in England, in London statt. Die erste große Industrieausstellung Frankreichs wurde 1798, also noch während der Revolution organisiert, aber es handelte sich um eine nationale Wirtschaftsmesse. Die französische Besonderheit lag ab 1855 darin, daß die Ausstellungen Industrie, Landwirtschaft und Kultur umfaßten. Von Mal zu Mal wurde eine größere Fläche okkupiert: Napoleon, die Stadt Paris und die Direktoren der Ausstellungen, die eine Machtfülle wie die Staatsminister besaßen, hielten eisern an dem Prinzip fest, daß das Großereignis innerhalb der Stadt ausgerichtet werden müsse. Alle Paristouristen kennen diesen Bereich vom Grand und Petit Palais an der Seine entlang bis zum Palais de Tokyo, und auf dem anderen Seineufer den Bereich zwischen dem Eiffelturm und der École militaire, dem *Champs de Mars*. Der Erfolg der Ausstellungen spricht für sich: die Zahl der Aussteller stieg von 24.000 im Jahr 1855 auf 83.000 im Jahr 1900, die Zahl der Besucher entwickelte sich von 4,2 Mill. 1855 zu 48 Mill. 1900, während 1937 nur 34 Mill. Besucher gezählt wurden.

7.4 Der deutsch-französische Krieg

Einen besonderen psychologischen Platz nimmt die Weltausstellung von 1867 ein. Der preußische König und Bismarck besuchten sie, Krupp zeigte dort seine riesige neue Kanone. Aus der Rückschau von 1870/71 erschien 1867 wie ein böses Omen auf den deutsch-französischen Krieg.

Die Österreich- und Deutschlandpolitik Napoleons III.

Neben der Wirtschaft, der Stadterneuerung von Paris und der Entwicklung eines Modells „Frankreich“ im Zuge der Weltausstellungen gehörte die Außenpolitik zu den großen Ambitionen Napoleons III. Die Kolonialpolitik ist im zweiten Teil des Buches zu behandeln, hier geht es vorrangig um Napoleons europäische Außenpolitik, in deren Zentrum das Verhältnis zu Österreich und Preußen stand. Wir hatten

gesehen, daß Frankreich im Zweiten Pariser Frieden vom 20. November 1815 nach den Hundert Tagen Napoleons die Rückführung des Landes auf die Grenzen von 1790 hinnehmen mußte. Konkret bedeutete dies 1815 den Verlust der Städte Saarbrücken, Saarlouis, Landau und Philippeville (das an die Niederlande ging). Vom Rhein als natürlicher Grenze Frankreichs konnte keine Rede mehr sein. Nun war die Theorie von den natürlichen Grenzen Frankreichs, die seit dem 17./18. Jh. formuliert wurde, deshalb nicht verschwunden, sondern erreichte mal mehr, mal weniger Gewicht in den außenpolitischen Überlegungen Frankreichs. Letztlich handelte es sich um eine Machtfrage innerhalb des europäischen Mächtegefüges. 1815 hatte Frankreich 150.000 Mann an Besatzungstruppen hinnehmen müssen. Besonders die Preußen blieben dabei den Franzosen in unangenehmer Erinnerung. Sie legten Hand auf die öffentlichen Kassen, scheinen mehr Lebensmittel requiriert zu haben, als wirklich benötigt, überhaupt wurde ihnen der Mißbrauch des Requisitionsrechts und Belästigung der Bevölkerung vorgeworfen. Während die Russen und Engländer längst dem Drängen Frankreichs nach einer Reduktion der Besatzungskosten und -dauer nachgeben wollten, blieben die Preußen zunächst uneinsichtig, obwohl eine solche Geste Ludwig XVIII. manches wohl erleichtert hätte. Schließlich waren die europäischen Alliierten mit der zweiten Vertreibung Napoleons da angelangt, wo sie hatten anlangen wollen, bei der Restauration der Bourbonenmonarchie. Es zeigte sich, daß die Preußen vom Wesen der europäischen Diplomatie, wie sie sich im Lauf des 18. Jh. herausgebildet hatte und wie sie bis weit ins 19. Jh. gültig blieb, wenig verstanden hatten oder wenig wissen wollten. Daß Preußen zu einer europäischen Macht aufsteigen wollte, war in den Augen der zeitgenössischen Diplomaten im Grunde nicht anstößig, aber daß es die informellen Spielregeln mißachtete, verhiess nichts Gutes und ließ früh warnende Stimmen auftreten, die vor der kommenden preußischen Machtnation warnten.

Die Erinnerung an die Preußen von 1815 ff. blieb also im Lauf des 19. Jh. wach. Die Meinungen über dieses Königreich und seine Rolle bei der deutschen Einigung waren sehr geteilt. Vor allem das katholische Frankreich begegnete Preußen mit größtem Mißtrauen, während sich andererseits ein gewisses Idealbild Deutschlands und der Deutschen entwickelte, von dem auch Preußen profitierte. Das ungeklärte Verhältnis zwischen beiden Reichen verdeutlicht, daß das Second Empire mit der Hypothek der Unwägbarkeit wie die Vorgänger-

regime leben mußte. Was sich änderte, war der erklärte Wille Napoleons, Frankreichs politisches Gewicht in Europa und in der Welt wieder zu steigern, wobei er allzu deutliche Festlegungen gegenüber dem Deutschen Bund und Österreich vermied. So war auf deutscher Seite auch nie ganz klar, ob Frankreich nun weiterhin Ansprüche auf den Rhein als Staatsgrenze erhob oder nicht.

Diese Unsicherheit war gefährlich, weil sie schnell die Emotionen, beidseits des Rheins, hochschnellen ließ. 1859 nun griff Frankreich Österreich in Italien an und stellte damit den Deutschen Bund vor ein Dilemma. Preußen konnte die Schwächung Österreichs prinzipiell nur gelegen sein, solange Frankreich eine Verbesserung seiner Machtstellung im südlichen Europa suchte, nicht aber auf dem Gebiet des Deutschen Bundes. Nun war der Bund laut Bundesakte aber u. U. verpflichtet (Art. 47), Österreich militärisch zu helfen. Napoleon ließ über die Presse unermüdlich verbreiten, daß er Deutschland gegenüber keine Ambitionen verfolge. Das änderte nichts daran, daß sich in Deutschland eine ausgesprochen frankophobe Stimmung breit machte und daß eine französische Besetzung der Rheinlande befürchtet wurde. Der Italienkrieg begann am 29. April 1859; der Deutsche Bund rüstete, Anfang Juni standen 250.000 Mann unter Waffen. Am 4. Juni siegten die französischen Truppen bei Magenta über die Österreicher, was Preußen veranlaßte, die abwartende Haltung aufzugeben und Österreich seine Vermittlerdienste anzubieten. Zugleich wurden 132.000 Mann zwischen Wesel und Frankfurt, sozusagen in Sichtweite der französischen Ostgrenze, postiert. In Frankreich stieg derweil die antipreußische Stimmung. 1815 müsse revidiert werden, hieß es.

In diesem Zustand blieben die Dinge, als Napoleon dann Nizza und Savoyen annektierte. Wieder erhielt die Angst, daß als nächstes der Rhein auf der Speisekarte stehe, Nahrung. Zum Glück kam es nicht zum Krieg, sondern wurden Gespräche gesucht, wie auf dem Kongreß von Baden-Baden im Juni 1860 oder im Oktober 1861 in Compiègne zwischen Napoleon und dem preußischen König Wilhelm I. Napoleon bemühte sich um eine Annäherung, wenn nicht um eine Entente mit Preußen. Erster Schritt dazu sollte ein Handelsvertrag sein, der dann am 29. März 1862 in Compiègne zwischen Napoleon und Wilhelm paraphiert wurde. Das Hauptproblem stand aber noch aus, nämlich alle Mitglieder des Zollvereins zum Vertragsbeitritt zu bewegen. Dies gehörte zu den ersten Aufgaben, die Bismarck als frisch gekürter Ministerpräsident zu bewältigen hatte. Das andere

Hauptproblem war der Ausschluß Österreichs aus dem Vertrag. Recht geschickt operierte also Napoleon III. zugunsten einer kleindeutschen Lösung der deutschen Frage unter Führung Preußens und lenkendem Einfluß Frankreichs.

Der Handelsvertrag trat schließlich am 1. Juli 1865 in Kraft und trug nachweislich zur Belebung des Handels bei. Beide Seiten hatten sich nach Produkten differenziert Meistbegünstigungsklauseln eingeräumt. Die Ausfuhren des Zollvereins nach Frankreich hatten 1863 den Wert von knapp 140 Mill. FF, 1869 lagen sie bereits bei 230 Mill. FF; Frankreich exportierte 1863 für knapp 204 Mill. FF Güter in den Zollverein, 1869 für etwas über 253 Mill. FF. Deutschland wurde zum viertwichtigsten Handelspartner Frankreichs. Dazu kam noch die Investition französischen Kapitals in Deutschland, um 1870 ca. 250–300 Mill. FF, vor allem in Bergwerken und im Hüttenwesen.

So schlecht standen die Beziehungen also nicht, und wenn die Emotionen phasenweise hochgingen, so gab es weder diesseits noch jenseits des Rheins ein gefestigtes Erbfeindverständnis. Bismarck sah in Frankreich den Partner, mit dessen Hilfe es ihm gelingen könne, das Rennen um die Vormacht mit Österreich zu gewinnen. Anlässlich der Weltausstellung 1855 hatte er im übrigen Napoleon III. kennengelernt. Im Jahr 1862 war er einige Monate preußischer Gesandter in Paris, während derer es zu einem Gespräch mit Napoleon kam, der eine Allianz Frankreich-Preußen vorschlug. Bismarck setzte das Gespräch im Oktober 1862 nunmehr als preußischer Ministerpräsident fort, vor allem scheint man sich gegenseitig der guten Absichten versichert zu haben. Dennoch näherte sich Preußen nicht in dem Maße Frankreich, wie dieses es sich wünschte, während Frankreich für die preußische Perspektive zu sehr einen Ausgleich mit Österreich suchte. Napoleons Interesse war schließlich die Revision von 1815. Im Februar legte die Kaiserin Eugenie dem österreichischen Botschafter Richard v. Metternich einen Revisionsplan vor: Im Tausch gegen die süddeutschen Staaten und das preußische Schlesien sollte Österreich Galizien und Venetien abgeben, Preußen sollte Polen und Schlesien aufgeben, dafür Hannover und Sachsen erhalten; Polen sollte wieder eine eigene Monarchie werden mit einem sächsischen oder einem österreichisch-erzherzoglichen König. Frankreich sollte das linke Rheinufer zugesprochen werden und Belgien unter sich und England aufteilen. All dies war eher ein Schreckschuß, denn ein ausgearbeiteter Plan, es wurde jedoch offensichtlich, daß Napoleon aktiv die Revision von 1815 betreiben wollte.

Die französische Öffentlichkeit betrachtete die Entwicklung Preußens mit gemischten Gefühlen. Die einen befürworteten eine Einigung Deutschlands unter preußischer Führung, da für sie der Begriff der Nation positiv besetzt war und sie sich die nationale Einheit ebenso für Italien wie für Deutschland wünschten. Andere warnten vor einer allzu starken preußischen Militärmonarchie. Die Regierung selbst verhielt sich während der Zuspitzung des Konflikts zwischen Preußen und Österreich neutral, und mit dem preußischen Sieg vom 3. Juli 1866 von Königgrätz waren die Tatsachen dann doch recht plötzlich geschaffen worden. Kurzzeitig grassierten in Paris Überlegungen, Preußen auch mit Waffen Einhalt zu gebieten, aber die Stimmung in Frankreich war für Frieden. Nun trat Österreich Venedig an Frankreich ab, außerdem wurde Frankreich als Vermittler angerufen. Im Land selbst wurde dies als ein beispielloser Erfolg des Kaisers angesehen, den die großen Städte mit Freudenfeuerwerken feierten.

Napoleon vermittelte also diplomatisch, in der Hoffnung, nun doch die Rheingrenze wiederherstellen zu können. Bismarck ließ sich jedoch auf keinerlei Kompensationsgeschäfte ein, sondern verkündete die beabsichtigte Annexion von Frankfurt, Hannover, Nassau und Kurhessen. Der französischen Diplomatie blieb nicht viel mehr, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen, aber es wuchs das Gefühl, daß man sich in naher Zukunft auf einen Krieg mit Preußen einzustellen habe, da dessen Expansionsdrang die Franzosen beängstigte. Napoleon selbst hielt indessen an der Idee eines Bündnisses mit Preußen, das ihm Kompensationen verschaffen könne (Luxemburg und Belgien), fest. Das Taktieren um diese Kompensationen ist in die Literatur unter dem Begriff des „Trinkgeldes“ für Napoleon eingegangen, ein Trinkgeld, das er nie erhalten sollte.

Die französische Öffentlichkeit war unverändert gespalten; soweit Pauschalierungen zulässig sind, waren die schärfsten Gegner Preußens im rechten und katholischen Lager zu suchen, während die Linke eher preußenfreundlich blieb. Der Titel einer Schrift von Alexandre Dumas d. Ä. aus dem Jahr 1867 läßt jedoch aufhorchen: er veröffentlichte „La terreur prussienne“, was nach Meinung von Raymond Poidevin die preußischen Exzesse von 1870–71 ankündigte. Von neuem erwies sich der Nutzen des Themas der Terreur, der vom Feind an Frankreich herangetragenen Terreur, vor der sich die Nation zur Einigkeit zusammenfinden müsse.

Die spanische Thronfolge 1868 bis 1870

Zunächst war aber die Diplomatie am Zuge. Da ein Krieg als ziemlich sicher angenommen wurde, suchte Frankreich wieder den Schluß mit Österreich, außerdem schien es geboten, Preußen und die süddeutschen Staaten möglichst auseinanderzutreiben. All dies gelang nicht recht, es wollte sich auch kein französisch-österreichisches oder französisch-österreichisch-italienisches Bündnis schmieden lassen. Derweil wurde in Deutschland immer offener mit einem Krieg gegen Frankreich als Mittel zur Erlangung der nationalen Einheit kalkuliert. Seit Königgrätz war die grundsätzliche Verschiedenheit der von Napoleon und Bismarck verfolgten Politik deutlich zu Tage getreten, ohne daß ein friedlicher Weg zur deutschen Einheit zumindest mit französischer Duldung ausgeschlossen geblieben wäre. Daß die Krise um die Besetzung des vakanten spanischen Throns schließlich zum Kriegsauslöser wurde, erinnert noch einmal sehr an die Zeiten des vorrevolutionären Europa. Der Thron war im September 1868 verwaist, der Erbprinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen erhielt aus Madrid ein Kandidaturangebot. Wilhelm I. sorgte zunächst für eine Ablehnung und war sich da mit Bismarck einig. In der ersten Jahreshälfte 1870 wackelte das Second Empire, eine Liberalisierung des Regimes schien bevorzuzustehen. Die preußische Diplomatie wollte diese Situation für eine friedliche Beilegung des deutsch-französischen Konflikts nutzen und nicht unnötig provozieren. Ein Plebiszit vom Mai 1870 stärkte jedoch Napoleon den Rücken, so daß Bismarck nun erneut die Kandidatur von Hohenzollern-Sigmaringen betrieb.

Am 3. Juli 1870 eröffnete eine Depesche aus Madrid, daß der Erbprinz die Kandidatur angenommen habe. Niemand braucht sich zu wundern, wenn in Frankreich das Schreckgespenst eines preußischen Reichs von der Gewaltigkeit des Reiches Karls V. entstand, aus dessen Umklammerung sich Frankreich ja nur äußerst mühsam im Lauf der Frühen Neuzeit hatte lösen können. Es verstand sich von selbst, daß die französische Diplomatie auf der Rücknahme der Kandidatur bestand, was Wilhelm I. selbst durchaus billigen wollte. Am 12. Juli schien die Lage bereinigt, der Erbprinz verzichtete auf die Kandidatur. Der französische Außenminister Gramont wollte jedoch Sicherheiten erhalten, vielleicht auch einen Prestigegewinn verbuchen, jedenfalls ersuchte er Wilhelm I., der in Bad Ems weilte, um eine öffentliche Erklärung; er Wilhelm, billige die Rücknahme der Kandidatur und werde eine spätere Erneuerung der Kandidatur nicht

zulassen. Wilhelm fand an einer solchen Erklärung keinen Gefallen, aber mochte sich durchaus höflich geweigert haben. All dies ereignete sich am 13. Juli 1870. Bismarck sorgte dafür, daß die Weigerung in Gestalt einer Depesche aus Ems in sehr drastischen Formulierungen an die Öffentlichkeit geriet: „Seine Majestät hat es abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.“ Im Pariser Abgeordnetenhaus und in Teilen der Regierung rief dies am 14. Juli heftige Reaktionen hervor. Am 15. bereits wurden Kriegskredite von der Kammer bewilligt, am 19. Juli erklärte Frankreich Preußen den Krieg. Damit war genau das eingetreten, was Bismarck benötigt hatte: Preußen war nicht der Angreifer, sondern befand sich im Verteidigungskrieg, die einzige Konstellation, die ihm die süddeutschen Staaten zuführen konnte. Ein etwas satanisch anmutendes diplomatisches Spiel, in dem frühneuzeitliche, national-nationalistische und großmachtpolitisch-imperialistische Momente zusammenwirkten, hatte zum Krieg geführt.

Sedan (1. September 1870)

Frankreich hatte keine Verbündeten, militärisch war es desorganisiert. Der preußische Sieg von Königgrätz hatte zwar die Einsicht entstehen lassen, daß das Heerwesen reformiert werden müsse, aber die Reformen waren stecken geblieben. Im Juli 1870 standen nur 270.000 Mann zur Verfügung, die sich immer noch nicht auf ein starkes Ersatzheer und ebensowenig auf die eigentlich geplante Mobilgarde stützen konnten. Die 500.000 Mann an deutschen Truppen mit ihrer zur Legende stilisierten Krupp-Kanone, zu der den Franzosen noch ein Pendant an Artillerie fehlte, hatten vergleichsweise leichtes Spiel. Napoleon verlor die berühmte Schlacht von Sedan am 1. September 1870, er wurde gefangengenommen. Während er nach Kassel-Wilhelmshöhe gebracht wurde, wurde er in Frankreich selbst am 4. September abgesetzt und eine Regierung der Nationalen Verteidigung gebildet.

Spiegelsaal Versailles (18. Januar 1871)

Diese wurde als erstes mit der deutschen Forderung nach der Annexion von Elsaß und dem deutschsprachigen Lothringen konfrontiert. Solche Forderungen waren in Süddeutschland schon seit geraumer Zeit erhoben worden, Bismarck griff sie nun auf. Der neue französi-

sche Außenminister Jules Favre wandte sich an die europäischen Mächte, in der Hoffnung, daß diese einen Friedensschluß ohne Gebietsabtretungen vermitteln würden, aber er mußte feststellen, daß England, Rußland, Italien und Österreich eigentlich Gründe hatten, mit Frankreichs Niederlage ganz zufrieden zu sein. In der Zwischenzeit setzten sich im Landesinnern die militärischen Niederlagen fort, obwohl der neue Innenminister Léon Gambetta (1838 bis 1882) 600.000 Mann bewaffnete. Paris fiel und wurde besetzt, am 18. Januar 1871 wurde im Versailler Spiegelsaal der preußische König zum deutschen Kaiser proklamiert.

8 Die Dritte Republik von der Entstehung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs

Nach 1870 setzte auf allen Gebieten (Politik, Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur) eine neue Institutionalisierungswelle ein, die jene der Französischen Revolution übertraf; hier bildete sich jener Nationalkörper aus, der auch uns als Zeitgenossen noch vertraut ist.

8.1 Der Weg in die Dritte Republik (1870 – 1879)

Die Ausrufung der Republik

Am 4. September 1870, drei Tage nach der Niederlage von Sedan, wurde vom Pariser Hôtel de Ville aus die Republik ausgerufen, was der tatsächlichen Stimmung im Land weit vorausgriff. Zugleich wurde in Paris eine „Vorläufige Regierung der nationalen Verteidigung“ zusammengesetzt, bestehend u.a. aus Louis Jules Trochu (ein General, von Napoleon III. als Gouverneur von Paris eingesetzt; Ministerpräsident), Jules Favre (Außenminister) und Léon Gambetta (Innenminister), der den militärischen Widerstand organisierte. Während diese drei anfangs in Paris amtierten, bezog der Rest der Regierung Quartier in Tours, später in Bordeaux. Nachdem Paris gefallen war, wurde gemäß dem Waffenstillstandsabkommen vom 28./29. Januar in Frankreich am 8. Februar 1871 eine Nationalversammlung (*assemblée nationale constituante*) unter Anwendung des Wahlgesetzes vom März 1849 gewählt, die in Bordeaux zusammentrat. Die Monarchisten, nicht die Republikanhänger, verfügten über eine überwältigende Mehrheit. Die Versammlung wählte Jules Grévy zu ihrem Präsidenten (Rücktritt am 1. April 1873) und Adolphe Thiers zum